Labour und Sozialdemokraten in Grossbritannien : wo liegen die Unterschiede?

Autor(en): **Hürzeler, Rolf**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **62 (1983)**

Heft 3

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-339981

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Labour und Sozialdemokraten in Grossbritannien:

Wo liegen die Unterschiede?

Von Rolf Hürzeler

In den letzten zwei Jahren haben sich bekanntlich im britischen Unterhaus 29 Abgeordnete (27 von ihnen ehemalige Labour-Leute) zu einer eigenen Fraktion und Partei — der «Sozialdemokratischen Partei» (SDP) — zusammengeschlossen: Unter der Führung der ehemaligen Kabinettsmitglieder Roy Jenkins, Shirley Williams und David Owen setzen sie sich von der traditionellen Labour Party ab und versuchen jetzt in einer parlamentarischen Allianz mit den Liberalen eine «gemässigte» Zentrumspolitik zu führen. Nach einigen Nachwahlen — die freilich noch nichts über die effektiven Kräfteverhältnisse aussagen — stehen sich die beiden Bewegungen in den Neuwahlen vom Sommer oder Herbst dieses Jahres zum erstenmal gegenüber. Im folgenden werden die unterschiedlichen Positionen von Labour und «SPD» beleuchtet. Sie beziehen sich im wesentlichen auf die Bewältigung der Wirtschaftskrise, die gewerkschaftliche Gesetzgebung sowie die Abrüstung.

Weder Labour, noch die «SDP» können als einheitliche politische Kräfte gesehen werden. Das Spektrum reicht allerdings bei der wesentlich grösseren Labour Party — mit immerhin 277'000 individuellen Mitgliedern sowie 6,6 Millionen gewerkschaftlichen Kollektivmitgliedern — gegenüber der mit 70'000 Mitgliedern relativ schwachen «SDP» deutlich weiter. Positionen von Exponenten können sich zudem überschneiden. Beim Vergleich beschränke ich mich hauptsächlich auf Stellungnahmen, die von Mehrheiten sanktioniert wurden. Einwände, dass der rechte Labourflügel — der seit dem letzten Parteitag den Parteivorstand dominiert — in einzelnen Bereichen mit den «Abtrünnigen» mehr gemeinsam hat als mit dem linken Flügel der eigenen Partei, bleiben unberücksichtigt. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass Labour zwar ein sehr fortschrittliches Programm beschlossen hat, das aber für eine zukünftige Regierung unverbindlich bleibt. Es ist dem mit rechten Exponenten durchsetzten Vorstand überlassen, das verbindliche Wahlmanifest auszuarbeiten, ein erster Entwurf sollte bis Ende Januar vorliegen.

Bei der Bewältigung der Wirtschaftskrise sind sich Labour und «SDP» in der radikalen Ablehnung der monetaristischen Politik der Thatcher-Regierung einig. Doch die Rezepte zur Sanierung der strukturellen und rezessiven Krisenerscheinungen — zehn Prozent Arbeitslosigkeit durchschnittlich, die in einzelnen Regionen bereits zwanzig Prozent erreicht — sehen verschieden aus. Labour verlangt einen lohnpolitischen Vertrag zwischen den Gewerkschaften, den Arbeitgebern und der Regierung. Es wird ein «nationaler Gesamtlohn» festgelegt, der in Lohnverhandlungen verteilt wird. Der Staat würde also — wie zur Zeit der Wilson-Regierung — eine wesentliche Vermittlerrolle zwischen Privatunternehmern und den Gewerkschaften spielen. Unter dieser Voraussetzung ist Labour überzeugt, dass kapitalintensive Arbeitsbeschaffungsprogramme durchgesetzt werden können, ohne dass die Inflation angeheizt wird.

Die weiteren Labour-Postulate passen in den Rahmen der meisten sozialistischen Parteien Westeuropas: Senkung des Pfundkurses um dreissig Prozent zur Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit, Subventionen für Privatunternehmen, wenn Arbeitsplätze gefährdet sind, Wiederverstaatlichung der von der Thatcher-Regierung privatisierten Unternehmen, 35-Stunden-Woche (teilweise schon eingeführt), frühzeitige Pensionierung, falls erwünscht, verlängerte Ferien — also mehr staatliche Sicherheit und verbesserte Verteilung der vorhandenen Arbeit.

Die «Sozialdemokraten» haben noch kein Wirtschaftsprogramm beschlossen, doch in zwei Papieren bereits die zukünftige Marschrichtung skizziert. Die Lohnverhandlungen sollen — ähnlich wie bei Labour — in einem nationalen Rahmen geführt werden. Unternehmen, die sich nicht an die Übereinkünfte halten, würden fiskalisch bestraft, was an die frühere Callaghan-Regierung erinnert, die Arbeitgebern mit Auftragsentzug drohte, wenn zuviel Lohn ausbezahlt wurde.

Der Inflationsbekämpfung wird deutlich mehr Gewicht zugemessen als bei Labour: Der Pfundkurs soll gestützt werden, wenn auch weniger massiv, als dies gegenwärtig der Fall ist, die Mehrwertsteuer will man senken und die zweiprozentige Sozialversicherungsabgabe für Unternehmer streichen. Arbeitgeber sollen Geld für die Arbeitsplätze erhalten, wenn Leute eingestellt werden, die nachweislich sechs Monate lang arbeitslos waren (ähnliche Beiträ-

ge entrichtet gegenwärtig die konservative Regierung in bedrängten Regionen). Die SDP will die Sozialausgaben stabilisieren, wie Shirley Williams im September an einem Vortrag in Zürich erklärte. Sie sprach sich darin gegen eine Indexierung der Renten und der Arbeitslosenentschädigung aus.

Das unterschiedliche Verhältnis zur gewerkschaftlichen Gesetzgebung: Labourparteitage werden bekanntlich von den gewerkschaftlichen Blockstimmen zu 90 Prozent dominiert. Es ist offensichtlich, dass Labour an einer Beschränkung der gewerkschaftlichen Stellung in der Gesellschaft nicht interessiert ist. Die Sozialdemokraten verlangen dagegen eine Loslösung der Gewerkschaften von Labour. Die politische Abgabe — die jedes Gewerkschaftsmitglied bezahlt, sofern es nicht ausdrücklich um Erlass ersucht — soll in Zukunft nur noch bezahlt werden, wenn dies vom einzelnen Mitglied gewünscht wird. Ferner sollen Gewerkschaftsmitglieder alle fünf Jahre in einer Urnenabstimmung bestimmen können, welcher Partei sich die Gewerkschaft anschliessen soll. Über Streikaktionen soll nur noch geheim abgestimmt werden, die Wahl von Funktionären soll ebenfalls geheim erfolgen. Diese Vorschläge reichen wesentlich weiter als die bisher eingebrachte Gesetzgebung der Thatcher-Regierung. Sie hat nach der Einschränkung der Streikposten 1980 letztes Jahr (1982) im wesentlichen politische Streiks verboten, «closed shops» reduziert sowie die Schadenersatzklage gegen Gewerkschaften ermöglicht, die «ungesetzlich» streiken. Diese Vorlage wurde von Labour massiv bekämpft. Obgleich die Sozialdemokraten in einzelnen Bereichen schärfere Bestimmungen verlangen, stellten sie sich nicht einheitlich dahinter. Der linke «SDP»-Flügel (Shirley Williams) stimmte mit Labour dagegen. Der konservative Arbeitsminister Norman Tebbit hat für eine allfällige Wiederwahl der Tories weitere Beschränkungen für die Gewerkschaften angekündigt. Dazu gehört unter anderem die von den «Sozialdemokraten» verlangte Verpflichtung zur geheimen Abstimmung.

In der Aussen- und Rüstungspolitik waren die gegensätzlichen Positionen bis vor kurzem am deutlichsten. Labour befürwortet im Parteiprogramm die unilaterale nukleare Abrüstung. Entsprechend wird auch die Stationierung von Cruise missiles ab nächstem Jahr in Grossbritannien abgelehnt. Der Nato-Doppelbeschluss wird als offensichtliche Gefahr für den Frieden gewertet. Sämtliche Nuklearstützpunkte sollen in Grossbritannien aufgehoben werden, das von der Thatcher-Regierung beschlossene nukleare Trident-Programm will man ersatzlos streichen. Labour verlangt weiter den Einbezug Grossbritanniens bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen, so dass auf diesem Weg die Stationierung der Cruise missiles allenfalls verhindert werden kann.

Die «Sozialdemokraten» unterstützen neuerdings diese Forderung ebenfalls und verlangen zudem, dass das Unterhaus das letzte Wort in bezug auf die Cruise missiles erhält. Der massive Druck der englischen Friedensbewegung — «Campaign for nuclear disarmament» (CND) sowie die Aktionen der Frauen von Greenham Common — vermochte offensichtlich eine Positionsveränderung zu bewirken. Noch im letzten Sommer wollte die «SDP» zwar das Trident-Programm ebenfalls streichen, setzte sich dafür aber für zusätzliche, britische Cruise missiles ein. Der Nato-Doppelbeschluss wurde damals noch voll unterstützt.

Zu den wesentlichen Streitpunkten in der Auseinandersetzung, die zum Auszug der «SDP»-Abgeordneten aus der Labourfraktion führte, gehörte das Verhältnis zur EG. Hier bestehen die gegensätzlichen Auffassungen nach wie vor: Labour vertritt im Parteiprogramm die Haltung, dass der Beitritt zur EG — wegen der besonderen industriellen Schwierigkeiten in Grossbritannien — zu einem wesentlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit beitrug. Zudem komme das Land im laufenden Brüsseler Budgetstreit zu kurz. Ein Austritt wird befürwortet. Die «SDP» dagegen — mit ihrem Parteichef Roy Jenkins als ehemaligem EG-Kommissionspräsidenten — tritt für eine weitere Mitgliedschaft ein. Freilich verlangt auch die «SDP» — wie die Thatcher-Regierung — eine Herabsetzung der britischen Beiträge.

Bei allen Unterschieden zwischen Labour und «SDP» gibt es weite Bereiche, in denen gemeinsame Positionen vertreten werden: Die Nato-Mitgliedschaft wird auch von Labour nicht in Frage gestellt. Die Regelungen für die Immigranten sollen zwar einen weiteren Zuwachs der farbigen Bevölkerung verhindern, aber wenigstens auf der Gleichberechtigung von Frauen und Männern beruhen (was gegenwärtig nicht der Fall ist). Das Engagement in Nordirland soll aufrechterhalten werden; erst in jüngster Zeit wird dieses vom linken Labourflügel zaghaft in Frage gestellt.